

Online Banking:
Es riecht nach
Phish

Twitter:
"Gezwitscher"
vom Tatort

AMS und Polizei:
Giftler, Hockenstade

Die Zukunft des Kriminaldienstes:

KRIPO 2020



KRIPO 2020 - Eine Perspektive

Genug reformiert, genug umorganisiert, lasst uns in Ruhe arbeiten, so die einhellige Meinung innerhalb der Polizeibasis. Eine Studie aus Salzburg zeigt, dass die fortlaufenden Reformen wesentlich zur Frustration der Polizeibeamten beitragen.

Die Lösung scheint einfach: belassen wir doch den Status quo für die nächsten Jahrzehnte und alles wird gut. Geht das überhaupt? Wer auf diese Frage mit „ja“ antwortet ist ein Träumer. Die Polizei als Ganzes und der Kriminaldienst im Besonderen wird sich weiter verändern, ja verändern müssen. Verändern, weil die Umstände, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen Veränderungen aufzwingen.

Gehen wir zurück in das Jahr 2003. Die Entwicklung der Kriminalität, vor allem der Wechsel von vorwiegend inländischen Tätern zu ausländischen Ganoven, machte es notwendig das Rayonssystem in ein Fachgruppensystem zu ändern. Ein Schelm wer behauptet, dass die Einsparung von Beamten allgemein und die Reduzierung der Zahl der Kriminalbeamten nicht auch in der Zielvorgabe lagen. Beide Umstände wurden nicht von der Polizei oder vom Kriminaldienst verursacht, hatten aber doch wesentliche Veränderungen für uns zur Folge. Es sind auch oft nur kleine Veränderungen die zur Auflösung von ganzen Kriminal-Gruppen führen oder zur Gründung der x-ten Soko. Weniger Autodiebstähle – weniger Kfz-Gruppen. Anstieg der Delikte in Ostösterreich – Gründung der Soko Ost. Nur zwei Beispiele wie selbst minimale Veränderungen für den Einzelnen zu wesentlichen dienstlichen Veränderungen führen können.

Und glaubt irgend jemand, dass in Zukunft keine äußeren Umstände Auswirkungen auf unseren Dienst haben werden? Neue Delikte werden auftauchen, neue Techniken eingeführt, ja selbst Klimawandel und Wirtschaftskrisen werden die Kriminalität beeinflussen. Dem Bm.I bleibt gar nichts anderes übrig als wieder Umschichtungen vorzunehmen, neue Gruppen zu gründen, andere aufzulösen etc. etc.

Unsere Vereinigung sieht es als Aufgabe an, sich ebenfalls Gedanken darüber zu machen, was auf uns zukommt. Wie wird der Kriminaldienst in Zukunft, etwa in zehn Jahren, also 2020, aussehen?

In jeder Ausgabe von kripo.at in diesem Jahr werden wir einen Teilbereich der gesellschaftlichen oder technischen Entwicklung betrachten, der unseren Dienst beeinflussen könnte. Wir werden Fachleute befragen und Meinungen einholen. Wer an der „**Perspektive Kripo 2020**“ mitarbeiten will, kann sich gerne melden. Gegen Jahresende werden wir die Ergebnisse in Form eines Fachforums zusammenfassen.

Ob unsere Perspektiven stimmen, werden wir aber erst 2020 überprüfen können.

Richard Benda,
Präsident

INHALT

Editorial KRIPO 2020 - Eine Perspektive	3
kripo.at NEWS Nationale und Internationale Short-Cuts	5
Top-Thema Die Zukunft des Kriminaldienstes	7
Internet Twitter - "Gezwitscher" am Tatort	13
Technik Robo-Frettchen	15
kripo.at INTERN - Premiere Begegnung in der Vereinigung - KRIPO auf Reisen - Souvenirs der Vereinigung - MR Zwettler neuer Abteilungsleiter - kripo.at Termine	17 18 18 18 19
Arbeitsmarkt Asylanten, Giftler, Hockenstade	21
Kriminalität Kriminalstatistik für Wien 2009	23
Kriminalfall Überfall oder späte Rache?	25
Online Banking Es riecht nach Phish	31



Deutschland: Hamburgs Polizisten werden neu bewaffnet

Bis Ende 2013 wird die Hamburger Polizei vollständig auf Waffen des neuen Typs Walther P90Q umgerüstet sein. Ende November wurden die ersten Waffen ausgegeben und dafür die seit 30 Jahren in Gebrauch befindlichen Waffen von Typ SIG-SAUER eingezogen. Insgesamt werden etwa 8.500 Waffen des neuen Typs angekauft werden. Bis Ende 2010 werden bereits 3.700 Polizisten mit den Pistolen der neuen Generation ausgerüstet sein.



England: Die Rückkehr der Hooligans

England, das Mutterland von Krawallen bei Fußballspielen, meldet ein Wiederaufflammen des Hooliganismus. Nachdem in den 80er Jahren Fußballrowdies eine Spur der Vernichtung durch Britannien gezogen hatten, verschärfte die damalige Premierministerin Margaret Thatcher Gesetze und die Polizei schritt verschärft ein. Bis etwa 2007 sah man das Problem als weitgehend beruhigt an, doch seit 2008 nehmen die Gewalttaten wieder rasant zu. So hat man von 2007 auf 2008 eine 40%ige Steigerung bei den Festnahmen (auf 838 Personen) festgestellt. Gegen 81 Täter wurde wegen der Schwere der Straftaten (meist Zerstörungen) ein lebenslanges Verbot für den Besuch von Verbandsspielen ausgesprochen. Lt. Experten hat sich der Hooliganismus gegenüber den letzten Jahrzehnten in drei Punkten verändert: 1) Die Krawalle sind von langer Hand vorbereitet und mit modernen Kommunikationsmitteln geplant. 2) Die Krawalle finden vorwiegend bei Spielen der zweiten und dritten Liga statt und 3) Bei den Gewalttätern handelt es sich nicht nur um Vertreter der Arbeiterklasse, sondern vor allem um gewaltbereite Rechtsradikale. Die English Defence League wirbt etwa offen um Fußballfans.



Der scheidende Präsident Mag. Michael Sika übergibt sein Amt an seinen Nachfolger Mag. Erwin Hameseder.



Österreich: Neue Führung des KSÖ

Bei der Generalversammlung des „Kuratorium Sicheres Österreich“ am 24. November 2009 wurde die Vereinsführung neu gewählt. Da der langjährige Präsident Mag. Michael Sika nicht mehr kandidierte war ein Führungswechsel vorprogrammiert. Den Marschallstab übernahm Raiffeisen-Generaldirektor Mag. Erwin Hameseder. Hameseder zur Seite steht in der Person von Mag. Christian Domany (BMI) ein geschäftsführender Präsident. Zum Vorsitzenden des Vorstandes wurde Dr. Franz Einzinger (ebenfalls BMI) gewählt. Wiedergewählt wurden Kammerrat Alfred Gajdosik (Kammer für Arbeiter und Angestellte) als Vizepräsident und Alexander Hirschfeld (BMI) als Generalsekretär. Der im Vorfeld der Wahlen befürchtete Ausstieg des Innenministeriums aus dem KSÖ hat damit nicht stattgefunden. Lediglich der Präsident, der bisher immer vom BMI gestellt wurde, ging an die Privatwirtschaft. Innenministerin Dr. Maria Fekter betonte in ihrer Festansprache, dass das Ministerium die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft braucht. „Wir kommen ohne diese Kooperation nicht aus“ betonte Ministerin Fekter.



China: Wirtschaftsspione in Europa

Obwohl es zwischenzeitlich allgemein bekannt sein sollte, dass China Spione en masse nach Europa schickt, die Wirtschaftsspionage betreiben sollen, ortet der Deutsche Verfassungsschutz noch immer bodenlose Leichtsinnigkeit mancher Betriebe, ja selbst bei Ämtern. Das Angebot von Werkstudenten die gratis arbeiten und versprochene Geschäfte, lassen bei manchen Firmen die Vorsicht ausfallen. Wie in der Zeitschrift „Behördenpiegel“ gemeldet wurde, konnte in letzter Minute verhindert werden, dass vier chinesische Studenten beim europäischen Patentamt in München als Praktikanten beginnen. Bei Aufnahme in das Amt hätten die Chinesen Zugang zu sämtlichen europäischen Patenten gehabt. München soll, lt. „Behördenpiegel“ überhaupt das Zentrum chinesischer Wirtschaftsspionage sein.

Der Kriminalbeamte - im Wandel der Zeit



Kripo-Perspektiven:

Die Zukunft des Kriminaldienstes

Den Blick in die Zukunft – wer möchte diesen nicht machen? Man kann entweder die Kristallkugel befragen und an die Bestimmung der Zukunft durch unbekannte Mächte glauben, oder aber man analysiert die Vergangenheit und Erfahrungen anderer Menschen und schließt daraus auf zukünftige Entwicklungen. Wir haben uns für die zweite Möglichkeit entschieden.

In der Villa des Industriellen A. wird Einbruchsalarm ausgelöst. Streifenwagen der Firma „Secalert“ rasen zum Ort des Alarms. Als sie dort eintreffen, stellen sie einen Einbruch fest und verständigen die Polizei.

Ein Kriminalbeamter trifft am Tatort ein, lokalisiert im Haus Fingerabdrücke, Blutspuren und im Garten Schuhabdrücke des Täters. Er bestellt bei der Firma „Tatortprofi“ einen Daktyloskopen, einen Fachmann für DNA-Spuren und einen Fachmann für die Abnahme von Schuhabdrücken.

Auf Grund der daktyloskopischen Spuren kann der Spurensetter in der Person des Kriminellen namens „Tresorknacker-Edi“ festgestellt werden. Gefunden wurden die

Vergleichsabdrücke in der polizeilichen Täterdatei die von der Firma „Polizeidata“ betrieben wird.

Der Täter ist unauffindbar, es wird daher ein Haftbefehl erlassen. Angestellte der Firma „Dingfest“ können den Gesuchten ausforschen und festnehmen. Bei der Gerichtverhandlung wird „Tresorknacker-Edi“ zu einer Haftstrafe verurteilt und zur Vollziehung in die private Haftanstalt der Firma „Knastexpert“ übergeben.

Sie meinen diese Geschichte ist reine police fiction? Nun, in ihrer Gesamtheit sicher, aber es ist darin kein Vorgang enthalten, der nicht schon irgendwo auf der Welt in dieser Form praktiziert wird.

- Alarmanlagen die nicht mit der Polizei, sondern mit einem privaten Sicherheitsdienst verbunden sind - auch in Österreich Realität.
- Private Firmen die Tatortarbeit inklusive daktyloskopische Spurensuche und Abnahme von DNA-Spuren durchführen – in 40 Polizeibehörden Englands und Schottlands bereits üblich.
- Sammlung und Auswertung von Fingerabdrücken durch private Firmen – in den USA gang und gebe.
- Suche nach gefahndeten Personen – seit jeher in den USA eine Einnahmequelle für Kopfgeldjäger.
- Verbüßung von Haftstrafen in Gefängnissen, die durch private Firmen betrieben werden – sowohl in England, den USA und zum Teil bereits in Deutschland übliche Praxis.

Also wo ist bei der am Beginn beschriebenen Geschichte die Fiktion? Warum könnte so ein Fall nicht auch einmal bei uns Realität werden? Glaubt wirklich jemand, dass die Reformen und Veränderungen im Polizeidienst, im speziellen bei der Kriminalpolizei, beendet sind und alles so bleiben wird wie es jetzt ist? Wird die Polizei in zehn Jahren mit traditioneller Polizeiarbeit überhaupt noch etwas klären können? Und wird sie in dieser Form überhaupt noch bestehen?

Abgabe von artfremder Tätigkeit, Weggabe von Aufgaben die nicht hoheitsrechtlicher

Natur sind – das waren doch die Wunschvorstellungen des Personals in den 90er Jahren. Die Polizei, so hieß es, sollte sich auf die Kernaufgaben beschränken und alles was nur ging wurde outgesourct, zu Deutsch: ausgelagert. Die Wünsche gingen in Erfüllung, der Polizeidienst wurde reformiert, nicht einmal sondern mehrfach. Dass das Endergebnis nicht das war, was man sich vorgestellt hat, ist eine andere Sache. Jedenfalls war man von Seiten der Politik voll damit einverstanden, dass man Personalkosten gegen Sachaufwand eintauschen konnte.

Was ist die Kernaufgabe der Polizei?

„Kernaufgabe“ - da scheiden sich bereits die Geister. „Kernaufgabe“ ist keine statische Größe, sondern einem dauernden Wandel unterzogen. Was heute noch Kernaufgabe ist, kann morgen schon gerne abgegebener Ballast sein. Ein Beispiel: Noch vor wenigen Jahren gab es einen nicht definitiv niedergeschriebenen, aber willentlichen Konsens darüber, dass jede Tätigkeit die in Rechte des Staatsbürgers eingreift, als Kernaufgabe angesehen wird. Vergangenheit! Heute können Sie auf der Autobahn von Angestellten der ASFINAG angehalten und ihnen die Weiterfahrt untersagt werden. Ja selbst Ihr Auto kann beschlagnahmt werden. Sind das keine Eingriffe in Persönlichkeitsrechte? Ist das keine hoheitsrechtliche Aufgabe mehr?

Die Gegenargumentation ist bekannt: es



Was sind die Kernaufgaben der Polizei?

handelt sich ja um von der Polizei ausgebildete Personen. „Mautaufsichtsorgane“, so heißen diese ASFINAG-Angestellten, hätten ja klar definierte Aufgaben und eine Anhaltung sei ja noch lange keine hoheitsrechtliche Aufgabe. Man kann es drehen und wenden wie man will, es sind Angestellte einer privaten Firma die etwas machen, was früher nur Polizisten erlaubt war.

Im Justizbereich ist es nicht anders. Wie lange wird es noch dauern bis das staatliche Monopol der Führung von Haftanstalten in Österreich fallen wird und private Firmen Haftanstalten führen werden? Eine Untersuchung in Deutschland hat ergeben, dass von den 120 Aufgaben die Justizwachebeamte durchführen, etwa 2/3 nicht hoheitsrechtlicher Natur sind, also ohne weiteres von einer Privatfirma abgearbeitet werden könnten. Der Anfang ist ja auch bereits vollzogen. Die flächendeckende Einführung der elektronischen Fußfessel in Österreich scheitert nicht am Willen die Aufgabe der Bewachung an eine private Firma zu übergeben, sondern einfach an den Kosten. Die Überwachung via Fußfessel ist noch immer teurer als die Bewachung in einer Haftanstalt.

Auch bei der Kriminalpolizei wird die Aufgabe von ureigensten Aufgaben nicht vom Willen der Betroffenen abhängen, sondern von den Kosten. Die Kriminalitätsbekämpfung geht immer mehr weg von Einvernahmen und Geständnissen in Richtung Sachbeweis. Die Sicherung eines Sachbeweises ist aber häufig von technischem Equipment und entsprechend professionellem Personal abhängig. Die Zeit von halbausgebildeten Polizeipersonal, das sich häufig im Selbststudium Wissen angeeignet hat, geht dem Ende zu. Die Wartung polizeilicher Daten, Profiling, Sicherung forensischer Beweise, sind Bereiche die zum Teil bereits von externen Fachleuten mit Universitätsniveau bearbeitet werden.

Kaum eine Polizeibehörde, nicht einmal Wien, kann sich für jeden Fachbereich einen Spezialisten leisten, der vielleicht 1-2 Mal im Jahr eingesetzt wird. Einen Fachmann für Blütenpollen z. B. braucht man alle heiligen Zeiten, den kann man nicht dauernd



Polizeiarbeit sollte sich auf Krisenintervention und Ermittlung beschränken

beschäftigen. Ganz davon abgesehen, dass die entsprechend notwendigen Geräte kaum auf den neuesten Stand gehalten werden können. Was liegt also näher, als dass sich die Polizei bei speziellen Fragen an spezielle Institute wendet. Die Bearbeitung von DNA-Spuren ist das beste Beispiel dafür. Zwar wird die Abnahme der Spuren noch von Polizeibeamten durchgeführt, doch die Auswertung wird schon in nicht-polizeilichen Instituten vorgenommen. Theoretisch hätte man ja auch ein polizeiliches Institut für die DNA-Auswertung gründen können.

Das Militär, am Ende des Kalten Krieges seines Feindes beraubt, sucht krampfhaft neue Aufgaben. Katastrophenhilfe allein ist etwas dürrig und kann die unzähligen Generalstäbe weder auslasten noch befriedigen. Was liegt also näher als Aufgabengebiete im Bereich der Inneren Sicherheit zu suchen. Diverse Fußballgroßereignisse haben es gezeigt, nur allzu gerne übernahm man polizeiliche Aufgaben. Die Schnapsidee in der Landeshauptstadt Eisenstadt statt Polizisten Präsenzdiener auf Sicherheitspatrouille zu schicken, wurde in letzter Minute

USA und England als Trendsetter

Die Abgabe von Aufgaben polizeilicher Natur ist in England und den USA wohl am weitesten fortgeschritten. Man ist dort der Meinung dass früher oder später für die Polizei nur zwei Aufgaben überbleiben:

- 1) Krisenintervention und
- 2) Ermittlung von Straftaten

Alle anderen Aufgaben könnten von Privatfirmen übernommen werden.

Die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit steht somit als das letzte Refugium der Polizeiarbeit fest – denken Sie. Nun selbst diese ultimative Aufgabe könnte angeknabbert werden, zwar nicht von Seite privater Firmen, aber durch das Militär.

Nach dem 11. September fand ein Umdenken statt



zurückgezogen.

In den USA ist die schleichende Übernahme von polizeilichen Aufgaben, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terror, schon weit fortgeschritten. Die Einsetzung eines Militärs als obersten CIA-Chef, die bereichsweise Verschmelzung von Nationalgarde mit der Bundespolizei sind Anzeichen für diese Entwicklung. Was vorerst als freundschaftlicher Hilfsdienst angeboten wird, kann schnell in Konkurrenz und Eingliederung enden. Indikatoren der Wahrscheinlichkeit, dass es zur Übernahme polizeilicher Aufgaben durch das Militär kommen könnte, sind auch in Österreich vorhanden.

Wenn es zu einer Zusammenlegung der österreichischen Nachrichtendienste kommt, was angedacht wird, dann werden die Polizeibeamten des BVT gegenüber den Kollegen des militärischen Bereiches auf verlorenen Posten stehen. Staatsschutz keine polizeiliche, sondern eine militärische Aufgabe – na bravo.

Sie haben jetzt nur über zwei Möglichkeiten gelesen die unsere Arbeit verändern könnten: Die „Abgabe von Aufgaben an Privatfirmen“ und die „Übernahme von Aufgaben durch das Militär“. Diese zwei Möglichkeiten sind aber nur ein Teilbereich einer möglichen Entwicklung.

In unseren nächsten Ausgaben lesen Sie, welche neuen Delikte uns die technischen Entwicklungen beschern könnte.

• Richard Benda

Was die Polizeiarbeit beeinflussen könnte

- Klimaveränderung
- Globalisierung
- Wirtschaftskrise
- Migration
- Technische Entwicklung
- Demografie und soziale Spannungen
- Verknappung von Ressourcen
- Desorientierung der Jugend
- Entstaatlichung der Gewalt
- Terror und asymmetrische Konflikte
- Spill over (Überschwappen von Konflikten)



"Gezwitscher" vom Tatort

Das latent gespannte Verhältnis zwischen Polizisten und Journalisten haben wir in der Dezember-Ausgabe von „kripo.at“ angeschnitten. Dies ist zwar ein Problem der beiden Berufsgruppen, aber für beide nicht existentiell. Was auf die Polizei zukommen könnte wird ungleich unangenehmer. In „Twitter“ können Selbstdarsteller nicht nur ein falsches Bild eines Ereignisses zeichnen, sondern sogar Amtshandlungen behindern.

Über „Twitter“ (www.twitter.com), nach Selbstdarstellung ein soziales Netzwerk, kann jedermann per SMS oder Mikro-Blog seine persönliche Meinung zu jeder beliebigen Sache abgeben. So weit, so gut, wenn jemand seine Meinung zu politischen Entscheidungen, der Welt- oder Wirtschaftslage, oder weiß Gott was so sonst, abgeben will – wen interessiert's?

Sicherheitsproblem

Was bei der Gründung im März 2006 vielleicht gut gemeint war, hat sich aber inzwischen als Sicherheitsproblem herausgestellt. Twitter wird für verdecktes Marketing und für die Versendung von Spam-Mails benützt, aber was wesentlich unangenehmer ist, wegen gefälschter SMS-Absenderangaben ist es schon zu persönlichen Problemen gekommen.

In der Zeitschrift „Streife“ der Polizei in Nordrhein-Westfalen wurde erstmalig ein Fall veröffentlicht, bei dem eine polizeiliche Amtshandlung durch Twitter gestört wurde. Am 18. August 2009 kam es in Schwalmtal zu einer größeren Amtshandlung, weil ein Rentner drei Menschen erschossen hatte. Mit einer zunächst unbekanntem Anzahl von Geiseln verschanzte sich der Mann anschließend in einem Haus. Ein Hobbyreporter hörte den Polizeifunk ab und platzierte seine Informationen sofort auf Twitter. Auf Grund der unklaren Einsatzlage bestand die Gefahr, dass der Täter bei Twitter mitlas, welche Maßnahmen die Einsatzkräfte vor dem Haus ergriffen.

Anonymer Reporter

Es konnte zu diesem Zeitpunkt auch nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um

einen Mittäter handelt. Da der zu diesem Zeitpunkt anonyme Twitter-Reporter nicht anders kontaktiert werden konnte, forderte ihn die Polizei, ebenfalls über Twitter, auf, seine Live-Berichterstattung einzustellen. Vorerst berief er sich auf die Medienfreiheit, stellte dann aber doch seine Berichterstattung ein. Die Amtshandlung wurde dann ohne Probleme abgeschlossen und in der Folge wurde der Twitter-Reporter ausgeforscht und wegen Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz (er hatte den Polizeifunk abgehört) angezeigt.

Mögliche Lebensgefahr

Dieser noch glimpflich abgelaufene Vorfall zeigt ein Problem auf, das in einem zukünftigen Fall eine Amtshandlung vereiteln und schlimmstenfalls sogar Menschenleben kosten könnte. Natürlich gab es schon immer

Menschen, die den Polizeifunk abhörten, aber nun können diese Informationen live per Handy an Twitter übermittelt und von dort aus lawinenartig und für jedermann einsehbar weiterverbreitet werden. Diese Massenverbreitung wurde auch schon benützt um polizeiliche Maßnahmen zu unterlaufen. So wurden z.B. bei der Besetzung des Flughafens Berlin-Tempelhof durch Linksautonome im Sommer 2009 die Demonstranten gezielt über Twitter gelenkt. Während offizielle Medienvertreter doch journalistische Grundregeln einhalten und einer gewisser Überprüfungs faktor durch die Chefredaktion besteht, sind Twitter-Benützer völlig unkontrolliert. Nichts und niemand garantiert, dass stimmt was auf Twitter steht.

Eitelkeiten

Die selbsternannten Twitter-Reporter haben in der Mehrheit nicht die Wahrheit als Ziel, sondern Eitelkeit oder bewusste Desinformation. Ein weiterer Teil dieser Menschen ist einfach naiv und kann nicht abschätzen, was sie mit ihren Informationen anrichten. Ohne Verantwortungsbewusstsein, ohne journalistische Moral werden auf Twitter nicht nur Belanglosigkeiten verbreitet, sondern auch Meinungsbildung betrieben. Wahrheit vermischt sich mit Lüge, Tatsache mit Spekulation, Fakten und Fiktion, eine Gegebenheit die bei Polizeieinsätzen zu fatalen Folgen führen kann.

Neue Kommunikation

Für die Polizeibehörden ergibt sich durch diese Entwicklung eine neue Situation. Es genügt nicht mehr, dass sich Pressesprecher bei Großlagen um Journalisten kümmern. In Zukunft muss wohl parallel zu Amtshandlungen in der Öffentlichkeit Twitter beobachtet werden. Im Notfall muss mit einer Gegenkommunikation geantwortet werden.

• Uke

Immer aktuell, immer bestens informiert auf www.kripo.at

Revolution auf dem Gebiet der Suchgeräte

Robo-Frettchen jagt Drogen und Waffen

Der Container ist aus der Welt des internationalen Handels in einer weitgehend globalisierten Welt nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig ist die Überprüfung der riesigen Transportbehälter mühsam und vor allem zeitraubend. Dies könnte sich schon bald ändern.

Geht es nach dem Willen britischer Forscher, wird ein neuartiges System die Prüfung von Frachtcontainern revolutionieren. Sie entwickeln derzeit ein „Roboter-Frettchen“, das der Suche nach Drogen und Waffen, aber auch nach illegal Einreisenden dient.

Das 30 Zentimeter große "Cargo Screening Ferret" ist laut Engineering and Physical Sciences Research Council (EPSRC) das weltweit erste Frachtprüf-System, das darauf zugeschnitten ist, im Inneren normaler Frachtcontainer zu arbeiten. Die Lösung setzt auf empfindliche Sensoren auf laser- und faseroptischer Basis, um winzige Spuren chemischer Substanzen nachzuweisen. Zum Einsatz kommen soll das Robo-Frettchen an Häfen und auf Flughäfen.

Zeit sparen

"Es ist wichtig, dass wir etwas entwickeln, das leicht zu bedienen ist und in das Grenzorgane vollstes Vertrauen haben können", meint Projektleiter Tony Dodd von der University of Sheffield.

Um das zu erreichen, wird das Robo-Frettchen so gestaltet, dass es sich im Inneren eines stählernen Frachtcontainers magnetisch an der Oberseite befestigt und dann automatisch bewegt, um die gesamte Ladung zu durchsuchen. Dabei soll der Scanner nicht nur die Funktionalität diverser aktueller Suchgeräte in einem System vereinen, sondern bisherige Lösungen in Sachen Genauigkeit auch ausstechen - nicht zuletzt, da es neben der Form und Dichte von Gegenständen auch deren Zusammensetzung bestimmen kann. Dadurch, dass Zoll- und Si-



Gibt's jetzt auch als High-Tech Gerät

cherheitsbeamte Container kaum mehr betreten oder auspacken müssen, wird das System auch Zeit sparen und die Beamten vor etwaigen Gefahren schützen, ist man überzeugt.

Drogen oder Sprengstoffe

Möglich wird das Frettchen dank der Fortschritte im Bereich laser- und faseroptischer Technologie. Durch diese Entwicklungen werden Systeme realisierbar, die winzige Partikel verschiedener Substanzen detektieren. Das Projektteam arbeitet nun daran, Sensoren zu entwickeln, die kompakt genug für das robotische Frettchen sind und den chemischen "Fingerabdruck" illegaler Substanzen auch bei viel geringerer Konzentration entdecken können, als es mit bisherigen Systemen möglich ist. Dabei wird nicht nur auf Drogen oder Sprengstoffe Jagd gemacht. Die Sensoren werden auch in der Lage sein, jene winzigen Spuren von Kohlendioxid zu messen, die auf versteckte Personen hinweisen. Das könnte Vorteile etwa im Kampf gegen den Menschenschmuggel bringen. Mit Hilfe kleiner Sonden soll es wiederum möglich werden, die Lage verbotener Substanzen in der Fracht genau zu bestimmen.

Einsatzfähige Prototypen sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre entstehen. In etwa fünf Jahren könnten die „Robo-Frettchen“ tatsächlich den Dienst antreten, so die derzeitige Einschätzung.

• J.W.L.

kripo.at INTERN



Premiere Begegnung in der Vereinigung

Die Räumlichkeiten der „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“ sollen in Zukunft ein Ort der Begegnung, der Gespräche und von kleineren Vorträgen werden. Erstmals wurden deshalb Mitglieder und Freunde am 7. Dezember zu einem „Tag der offenen Tür“, zu einer „Adventplauderei“ geladen – ein „Get together“ wie derartige lockere Treffen heute genannt werden. Mit 50 Gästen haben wir gerechnet, 70 sind es geworden. Wegen des Erfolges ist mit einer Wiederholung im Dezember 2010 zu rechnen.





KRIPO AUF REISEN

Datum: Samstag 29.5.2010, 07.00 Uhr.

Abfahrtsort: Burgtheater (Cafe Landtmann).

Reisestrecke: Wien - Enns

- Rundgang mit Stadtbesichtigung - dannach Mittagessen. Nachmittag Weiterfahrt ins Stift St. Florian mit Stiftsführung. Abschluss beim Heurigen mit Musikunterhaltung in Gedersdorf bei Krems.

Unkostenbeitrag: €30.- Euro.

Anmeldungen:

Telefonisch im Sekretariat unter 050 133 133 oder sekretariat@kripo.at, beim Pensionistentreffen und bei Reiseleiter Herbert Raus, Tel. 0664 20 60 567.



Enns



NEU

SOUVENIRS DER VEREINIGUNG

Personalisierte Briefmarke der „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“
Preis € 2,-

Fahne „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“
Preis € 3,-

Schlüsselanhänger „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“
Preis € 3,-

Page mit Vereinsabzeichen
Preis € 5,-



**Bestellungen unter 050 133 133 oder sekretariat@kripo.at
Verkauf nur an Mitglieder.
Sofern ein Versand per Post erfolgt, wird dem Preis die Portogebühr aufgeschlagen.**



MR Mag. Erich Zwettler neuer Abteilungsleiter im Verfassungsschutz

HR Mag. Erich Zwettler wurde am 1. Jänner 2010 offiziell mit dem Amt des Abteilungsleiters des Landesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung der BPD Wien betraut - einer Funktion, die er bereits seit 01. September 2009 interimistisch bekleidete.

Zwettler wurde am 7. Mai 1964 in Wien geboren. Er absolvierte das Studium der Staats- und Rechtswissenschaften an der Universität Wien welches er 1986 mit dem Grad „Magister der Rechtswissenschaften“ abschloss. Nach Gerichtspraxis und Militärdienst trat Mag. Erich Zwettler 1987 in den Dienst der Bundespolizeidirektion Wien.

Bisherige Laufbahn:

1991 Wechsel in das Bundesministerium für Inneres, Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, Referent für Linksextremismus und -terrorismus (RAF, ETA, IRA, etc.),

- 1992 – 1993: Stellvertretender Leiter der Sondereinheit zur Bekämpfung des Terrorismus
- 1994 - 1995: Leiter der Sondereinheit zur Bekämpfung des Terrorismus
- 1996 - 2002: Stellvertretender Leiter der Abteilung für Kriminalpolizeiliche Ermittlungen im Innenministerium
- 2002 -2009: Leiter der Abteilung Ermittlungen, Allgemeine und Organisierte Kriminalität im Bundeskriminalamt.

Die offizielle Amtseinführung des neuen Abteilungsleiters fand am 13. Jänner 2010 in der der Bundespolizeidirektion Wien statt. Zwettler folgt damit Werner Autericky nach, der im vergangenen September zurückgetreten war. Die Abteilung Ermittlungen, Allgemeine und Organisierte Kriminalität hat nun - vorläufig interimistisch - Ernst Geiger übernommen, nachdem er nach seiner Suspendierung und Rehabilitation im vergangenen Sommer in den Polizeidienst zurückgekehrt war.

**IMPRESSUM**

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at

Präsident: Richard Benda

Chefredakteur: Prof. Josef W. Lohmann

Redaktionssekretariat: Marion Elsigan

Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Ludwig Hinterkörner, Willibald Plenck, Herbert Zwickl, Mag. Manfred Zirn-sack

Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

SPK Eisenstadt, Neusiedler Str. 84, 059 133 15-0,

SPK Graz, Paulustorgasse 8, 059 133 60, Roman Rabitsch,

SPK Innsbruck, Kaiserjägerstr. 8, 059 133 70, Wolfgang Knöpfler,

SPK Klagenfurt, St. Ruprechterstraße 3, 0463 5333-6150, Harald Jannach,

SPK Linz, Nietzschestraße 33, 059 133 40-3750, Ludwig Hinterkörner,

SPK Wels, Dragonerstraße 29, 059 133 4190-324, Martin Müllner,

SPK St. Pölten, Linzer Straße 47, 059 133 35, Ernst Wolfgang,

SPK Steyr, Berggasse 2, 059 133-4140 324, Josef Fuchshuber



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeinerstraße 1-3. **Verlags- und Herstellungsort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen der Bundespolizeidirektion Wien verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.

Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606

„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at

WIENER UND LINZER PENSIONISTEN-TREFFS

„SENIORENTREFF DER WIENER“

Jeden 1. Montag im Monat ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
9. Bezirk, Porzellangasse/Ecke Thurngasse.

„SENIORENTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPO STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

TODESFÄLLE

Josef Stückler, AI.

Villach
im 86. Lebensjahr,

Franz Steiner

Sierning
im 78. Lebensjahr,

Adolfine Lackenbacher

Witwe n. Obst. Josef
Lackenbacher, Millstatt
im 89. Lebensjahr,

Maria Köller

Witwe n. Gl. Anton Köller,
Wien
im 87. Lebensjahr,

Franz Unterhuber, AI.

Wien
im 77. Lebensjahr,

Franz Soriat, GI.

Salzburg
im 80. Lebensjahr,

Anna Helscher,

Witwe n. AI. Erich Helscher,
Wels
im 88. Lebensjahr,

Julius Prebio, AI.

Graz
im 79. Lebensjahr.

kripo.at TERMINE



VORMERKEN!

4.-6. Mai 2010

**GPEC – POLIZEIFACHMESSE UND FACHTAGUNG
KRIPO INTER**

Ort:

Leipzig, Messegelände

Thema Fachtagung:

Kriminalität im und über das Internet.

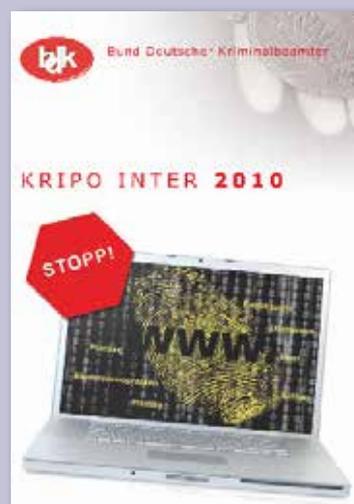
Vom 4.-6.Mai 2010 findet die nur für Polizeibeamte zugängliche Fachmesse GPEC in Leipzig statt. Begleitend zu der Messe wird Kripo-Inter, eine Tagung über die Kriminalität im und über das Internet, abgehalten.

Unsere „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“ beteiligt sich an der Fachveranstaltung Kripo-Inter und wird auch mit einer Delegation daran teilnehmen.

Wir planen für die Zeit eine 4-5 tägige Reise nach Leipzig und Dresden. Außer dem Besuch der Messe wird ein touristisches Programm angeboten, dass zum Teil außergewöhnliche Punkte (z.B. Besuch eines Stasi-Bunkers) enthalten wird.

Noch sind weder Preis noch genaues Datum (vermutlich ab 3.Mai 2010) bekannt. In der nächsten Ausgabe unserer Zeitung kripo.at erfahren sie Genaueres. Interessenten können sich schon jetzt unverbindlich im Sekretariat (01 367 16 75) anmelden.

Es ist nur eine begrenzte Teilnehmerzahl möglich.



**Nähere Informationen zu unseren Veranstaltungen
finden Sie auf unserer Homepage oder erhalten sie
im Sekretariat (050133133)**

Asylanten, Giftler, Hockenstade

Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsmarktservice und der Polizei..... ist nicht immer unkompliziert aber durchaus effizient. Die Berührungssängste der Behörden aus den 90er Jahren sind verschwunden.

Dank moderner Technik wurde auch ein funktionierender Kommunikationsfluss sichergestellt.

Der 28-jährige Nigerianer George W. kommt frisch aus dem Gefängnis. Nach 18 Monaten Strafhaft hat er einen Anspruch auf Arbeitslosengeld (AIS) erworben. George ist Asylwerber, seine AIS-Karte stammt aus dem Jahr 2004. George spricht beim AMS vor, zeigt seine „Lagerkarte“ und den Entlassungsschein samt Arbeitsbestätigung aus Garsten. Dort hat er in der Schneiderei gearbeitet und dabei seine Kenntnisse aus der Heimat erweitert. Sein Weg in Österreich ist symptomatisch: Flüchtlingslager Traiskirchen, eine „Wohnung“ in einem Asylantenheim – kein Job, aus Fadesse ein (fehlgeschlagener) Einbruch und dann die Drogenszene. George ist kein Einzelfall: Dahinter finden sich „echte“ Asylwerber genau so wie Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminelle aus aller Herren Länder.

Anwalt als Küchenhilfe

Nur wenige Asylwerber schlittern jedoch in die Kriminalität. Mustafa Y., kurdischstämmiger Türke und von Beruf Rechtsanwalt, hat sich integriert. Er hat mit Saisonierbewilligungen (§ 5 AuslBG) als Küchenhilfe und Kellner legal gejobt – und

damit keinen Anspruch auf AIG erworben. 2005 ist sein Asylantrag abgewiesen worden, im März 2006 hat er jedoch eine Bestätigung des AMS als subsidiär Schutzberechtigter (§ 1 Abs. 2 lit. a AuslBG i.V. mit § 52 AsylG) erhalten und darf damit in ganz Österreich bei jedem Dienstgeber jede Tätigkeit ausüben. Heute ist er Konzipient in einer Anwaltskanzlei in Wien.

Anders Surinder S., indischer Staatsbürger: Er wollte eine Bestätigung, dass er mit seiner unbefristeten Niederlassungsbewilligung (NB) ohne weitere Bewilligung in Österreich arbeiten darf. Pech für ihn: Ein erfahrener AMS-Mitarbeiter stellte fest, dass die NB wahrscheinlich gefälscht ist.

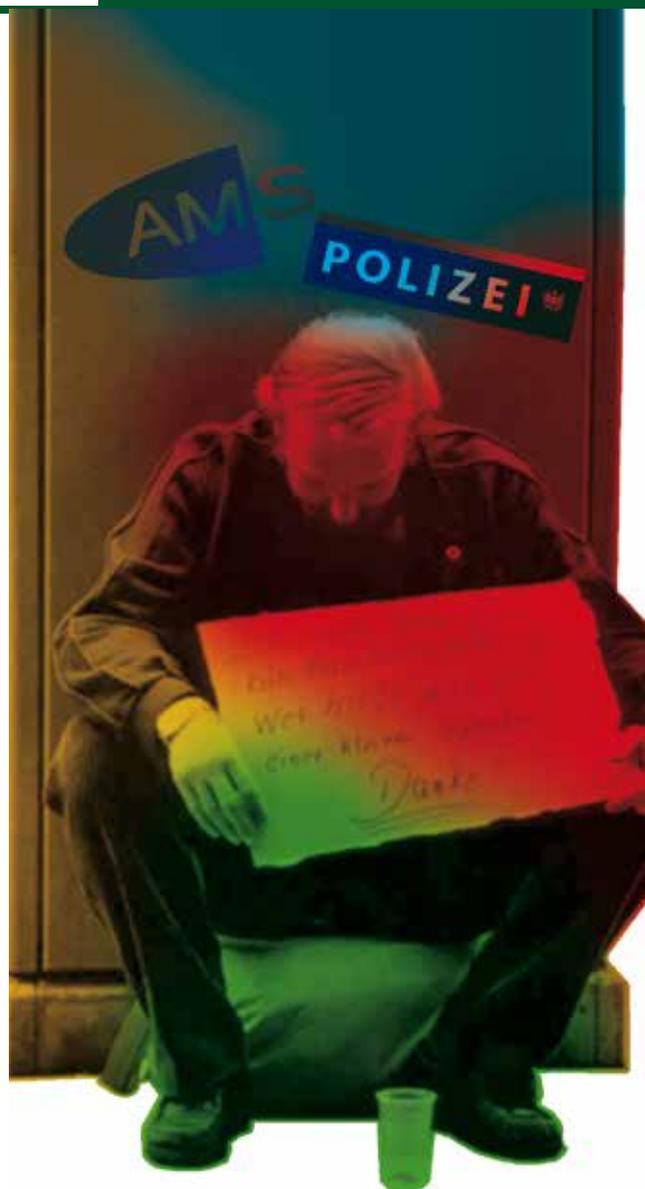
AMS und andere Behörden

Noch in den 90-er Jahren herrschte eine „Berührungssangst“ zwischen den Behörden, welche eine fruchtbare Zusammenarbeit behinderte. Anfragen wurden per RSa-Brief gestellt, oftmals musste die Ant-

wort mühsam urgieren. Dies betraf auch den Kontakt zwischen dem „Arbeitsamt“ (der damaligen Arbeitsmarktverwaltung, seit 1994 Arbeitsmarktservice), der Fremdenpolizei und – ab 1994 zusätzlich – der Aufenthaltsbehörde (in Wien: MA 62, dann MA 20, jetzt MA 35). Erst nach und nach konnten einige wenige und namentlich bekannte AMV/AMS-MitarbeiterInnen mit einigen wenigen KollegInnen von anderen Behörden eine gegenseitige Vertrauensbasis schaffen. Erst diese ermöglichte es, telefonisch und schnell Auskünfte zu erhalten und damit den Amtschimmel in Trab zu bringen.

Fortschritt

In weiterer Folge wurden in „interministeriellen“ Arbeitskreisen (BMWA und BMI samt involvierten Oberbehörden der ein-



zelen Dienststellen) engere Kontakte vereinbart. Darin wurde dann auch die KIAB (Kontrolle illegaler Ausländerbeschäftigung) als Vollzugsorgan der Zollwache integriert. Die KIAB ist heute den Finanzämtern zugeordnet.

Der Informationsfluss läuft jetzt über Telefon, Fax und Mail relativ friktionsfrei und hinsichtlich des gegenseitigen Informationsaustausches auch offen – ein Fortschritt im Interesse des Rechtsstaates.

Anfrage und Information

Die gesetzliche Basis dazu aus einem Anfragetext: Um die Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt nach § 7 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AIVG) zu überprüfen, benötigen wir die Information, ob gegen diese Person ein Aufenthaltsverbot bzw. Rückkehrverbot verhängt wurde. Wir ersuchen Sie daher um eine kurze Rückmeldung per Mail zu geben. Sollte ein Verbot verhängt worden sein, bitten wir Sie, uns diesen Bescheid per Fax (AMS Wien – 01/87871/xxxxx) zukommen zu lassen.

Die Zulässigkeit der Anfrage gründet sich auf § 69 AIVG i.V. mit § 7 Abs. 1 Z. 1 DSG (Datenschutzgesetz). Darüber hinaus erklärt die anfragende Behörde, dass die Beantwortung dieses Ansuchens eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrnehmung gesetzlich übertragener Aufgaben bildet (§ 7 Abs. 2 DSG).

Frosch in Blau

Analog gilt auch § 27 Abs. 3 AuslBG: „Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben den nach diesem Bundesgesetz zuständigen Behörden und Organen über deren Ersuchen zur Sicherung der Ausübung der Überwachungsbefugnisse im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches Hilfe zu leisten.“

Dies galt ursprünglich vor allem für die Kontrolle illegaler Ausländerbeschäftigung vor Ort – wenn der „Frosch in Blau“

für Festnahmen angefordert wurde. Diese Agenden übernahm dann das Arbeitsinspektorat und in weiterer Folge die KIAB. Heute ist vor allem die Assistenz im „bürokratischen“ Ausländerverfahren (Scheinehen, Asylwerber u.a.) relevant.

AMS und Fremdenpolizei

Der Fall Surinder S.: Die unbefristete NB zeigte Ungereimtheiten. Per Ausstelldatum Ende 2004 war die Ausstellung dieser Vignette nach dem Fremdengesetz (FrG) nicht mehr möglich. Es fehlten der Aufenthaltszweck und die zuständige Aufenthaltsbehörde. Der Reisepass war auf nur sechs Monate befristet. Und der Inder hatte zudem keine (österr.) Sozialversicherungsnummer. Das AMS erstattete eine Anzeige an die Fremdenpolizei, der Fall liegt jetzt bei der Kriminalpolizei.

Aufenthaltsverbot

Der Fall George W.: Seitens des AMS wurde beim Bundesasylamt (BAA) sein Status als Asylwerber hinterfragt. Da in diesem Fall eine VwGH-Beschwerde anhängig ist, wurde die Fremdenpolizei eingeschaltet. Die Antwort per Fax enthielt den rechtsgültigen Bescheid zum unbefristeten Aufenthaltsverbot. Der Antrag auf Arbeitslosengeld wurde deshalb gemäß § 7 Abs. 3 Arbeitslosenversicherungsgesetz (AIVG) in Akkordanz zu § 4 Abs. 3 Ziffer 1 AuslBG abgewiesen – der Asylwerber steht auf Grund des Aufenthaltsverbotes dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Bis zur Entscheidung des VwGH bleibt er jedoch als Asylwerber in Österreich und wird wie bisher keiner legalen Beschäftigung nachgehen.

Scheinehe

Ein Fall von Ehenichtigkeit: Das zuständige Bezirksgericht und als Berufungsinstanz das Landesgericht Wien hoben die Ehe der russischen Staatsbürgerin Lethizia M. wegen erwiesener Ehenichtig-

keit auf. Basis waren die Ermittlungen der Fremdenpolizei auf Grund eines Antrages auf NB (Familienangehörige eines Österreicher). Parallel zum gerichtlichen Urteil zweiter Instanz wurde auch ein zehnjähriges Aufenthaltsverbot durch die SD Wien bestätigt. Für Lethizia M. bedeutete dies zudem den Verlust aller Ansprüche aus dem AIVG und dem AuslBG: Das AMS konnte auf Basis der oben angeführten Urteile und Bescheide alle Anträge auf arbeitsrechtliche Bewilligung und Arbeitslosengeld (Notstandshilfe) rechtskräftig ablehnen, da die Voraussetzungen dafür während der erwiesenen Scheinehe „erworben“ wurden.

AMS und KIAB

Auf zwei Schienen laufen die Verbindungen mit der KIAB in Wien. Schriftliche Anzeigen der KIAB-Dienststellen beim AMS betreffen Personen mit Arbeitslosengeldbezug, welche bei einer Kontrolle arbeitend angetroffen wurden. Und telefonisch laufen seitens der KIAB Anfragen bezüglich Ausländerbeschäftigung auch direkt während einer Amtshandlung, wenn aus der EDV-Einsicht keine arbeitsrechtliche Bewilligung abgeleitet werden kann – diese Telefonate beruhen auf langer telefonischer oder persönlicher Bekanntschaft.

Ähnlich verläuft der Informationsfluss mit der Aufenthaltsbehörde nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG).

AMS und Polizei

Ganz normal verlaufen Hilferufe von AMS-MitarbeiterInnen an die nächste Polizeiinspektion, wenn Arbeitslose „ausrasten“. Bei heftigen Beschimpfungen in Verbindung mit (ernst zu nehmenden) Drohungen sind die Uniformierten rasch vor Ort und können die Situation in der Regel deeskalieren. Nur selten müssen Randalierer in Gewahrsam genommen werden – herzlichen Dank dafür auch an dieser Stelle.

• Werner Targyik
AMS Wien Schönbrunner Straße



Kriminalstatistik 2009:

Vorarlberg schlägt ganz Österreich

Kriminalitätsbelastung noch immer steigend – in Teilbereichen wie der Raubkriminalität und beim Einbruchsdiebstahl in PKW und Kombis, in Büros und Geschäftsräumlichkeiten sowie in Zweitwohnsitze, aber auch beim Diebstahl von Krafträdern deutliche Rückgänge. Im gesamt österreichischen Vergleich hat Tirol die höchste Aufklärungsquote.

Die Kriminalstatistik gibt Auskunft über die von Jänner bis Dezember 2009 an die Staatsanwaltschaft erstatteten Anzeigen. Dennoch – obwohl die Belastungsrate immer noch steigend ist, zeigt sich ein Silberstreif am Horizont. Setzt man sich mit den entsprechenden Daten auseinander, wird deutlich, dass partielle Veränderungen zum Positiven durchaus möglich sind.

Aufklärung gestiegen

Die Gesamtanzahl der angezeigten Fälle stieg in Wien im Vergleich zum Vorjahr von

213.201 auf 228.593 an. Dies bedeutet einen Anstieg um 7,22 %.

Positives gibt es auch von der Aufklärung zu berichten. Bei den 2009 zur Anzeige gebrachten strafbaren Handlungen ist die Aufklärungsquote im Vergleich zum Vorjahr um 1,79 % auf 29,89 % gestiegen. Die Anzahl der geklärten Fälle stieg gegenüber dem Vorjahr um 8.416 Fälle (oder 14,05 %) auf 68.316 geklärte Fälle.

Was sich hier lediglich in einer statistischen Grösse niederschlägt, ist von der Zahl her durchaus beeindruckend. Mehr als 8400 Fälle zusätzlich aufzuklären ist weder ein Gottesgeschenk noch ein Zufall. Dahinter steckt eine gewaltige Leistungssteigerung, verbunden mit dem Einsatz neuer Strategien.

Verstärkung der Streifen-tätigkeit

Diese Entwicklung wurde von der Bundespolizeidirektion Wien mit einer gezielten Verstärkung der Streifen-tätigkeit gefördert. Dazu kam eine grössere Anzahl von lokalen, aber auch länderübergreifenden Schwerpunktaktionen. Zum Einsatz gelangten sowohl uniformierte als auch zivile Kräfte, bei gleichzeitiger Förderung entsprechender



Kontrollen wurde massiv verstärkt



Aufklärung von Straftaten konnte durch neue Strategien gesteigert werden

Präventionsmaßnahmen.

Dadurch konnte die in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres registrierte starke Steigerung der Kriminalitätsentwicklung auf diesem Sektor in ihrem Gesamtausmaß verringert werden.

Bei den Delikten gegen Leib und Leben fällt die Bilanz - wie schon bisher - durchaus positiv aus. So sank die Anzahl der angezeigten Delikte insgesamt um 375 auf 22.727 Fälle (-1,6 %).

Die Raubdelikte sind insgesamt um 284 Delikte (-8,6 %) gesunken.

Die Aufklärungsquote der strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben ist mit 75,2 % auf einem sehr hohen Niveau stabil geblieben, was im Grunde ebenfalls auf eine reale Leistungssteigerung der betroffenen Dienststellen zurückzuführen ist.

Entwicklung in Österreich

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die gesamt österreichische Entwicklung:

Im Zeitraum Jänner bis November 2009 wurden österreichweit 523.796 Strafdelikte angezeigt. Das sind um 2,7 Prozent mehr angezeigte Straftaten als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Monatsvergleich zeigt sich, dass die Zahl der angezeigten

Fälle seit Jahresmitte kontinuierlich sinkt. Hauptverantwortlich dafür sind unter anderem die kriminalpolizeilichen Schwerpunktsetzungen, insbesondere in der Ostregion, und die intensivierte Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten im Bereich der Tatortarbeit. Auch die zusätzlichen Mittel für die DNA-Auswertung wirken sich positiv aus. Ebenfalls erfolgreich läuft das sogenannte „Tatort-Monitoring“, bei dem die konsequente Auswertung aller Tatorte und die verstärkte Vernetzung der Spurenauswertung im Mittelpunkt stehen.

Höchste Steigerungen der Aufklärungsquote in Tirol

Die höchsten Steigerungen bei der Aufklärungsquote verzeichneten die Bundesländer Tirol mit 3,1 Prozent, Kärnten mit 2,8 Prozent, Salzburg mit 2,1 Prozent, Oberösterreich mit 1,9 Prozent und Wien mit 1,4 Prozent. Vorarlberg weist in der aktuellen Statistik die höchste Aufklärungsquote mit 55,1 Prozent auf. Das entspricht einem Plus von 0,6 Prozentpunkten gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Hohe Aufklärungsquoten gab es auch im Burgenland und Oberösterreich mit 51,2 Prozent bzw. 50,5 Prozent.

• Josef W. Lohmann



Der Mord an Toni Plüschke kann möglicherweise durch Einsatz neuer Methoden geklärt werden.

Überfall oder späte Rache

Tod eines deutschen Taxilenkers in neuem Licht

Toni Plüschke, selbständiger Taxiunternehmer in Hessen, erhält am Samstagabend, den 15. März 1998, einen Anruf. Dieser gehört zu seinem Geschäft. Irgendwer fordert ein Taxi an. Plüschke setzt sich in seinen Wagen und fährt los. – Gleichzeitig trifft ein Unbekannter gezielte Vorbereitungen zu einem Mord.

Leichenfund

Als Plüschkes Leiche am Tag danach an der Bundesstrasse 84, bei der sogenannten Herbetsdelle gefunden wird, scheint es sich auf den ersten Blick um eines der typischen Verbrechen an einem Taxilenker mit tödlichem Ausgang zu handeln. Doch einiges war anders. Papiere, Bargeld und andere Wertsachen des Toten waren unversehrt. Ein Raubmord klassischen Zuschnitts war daher auszuschließen, auch

ein anderes erkennbares Motiv fehlte vorerst.

Die Obduktion ergab, dass der 59 Jahre alte Plüschke vermutlich mit einer Pistole Kaliber 22 durch einen Kopfschuss oberhalb des rechten Auges getötet wurde. Weder die Tatwaffe, noch die Geschosshülse waren aufzufinden. Unklar war auch, ob die Tat im Fahrzeug des Getöteten, oder am etwa 70 m davon entfernten Leichenfundort, begangen wurde. Sicher war nur eines, die letzten Fahrgäste konnten ermittelt werden und kamen als Täter nicht in Frage.

Vermutet wird, das es noch einen anderen allerletzten Fahrgast gab, der das Taxi auf offener Strecke anhielt und die Tat beging.

Plüschkes Geheimnis

Was diesen Fall so unheimlich brisant macht ist eine Vorgeschichte aus dem Leben des Toni Plüschke. Dieser, ein ehemaliger Grenzschutzbeamter trug viele Jahre ein Geheimnis mit sich herum von dem nur wenige Menschen wussten.

Es war am 14. August 1962 als es an der damaligen Zonengrenze zwischen Hessen und Thüringen zu einem ernststen Grenzzwischenfall kam. Die DDR hatte damals alles versucht um ihre Bürger von der Flucht in den Westen abzuhalten. Der Grenzzaun mit seinem Todesstreifen zog eine unübersehbare Spur in die idyllische Landschaft zwischen Thüringen und Hessen. Dahinter auf DDR Gebiet die Minen und Stolperdrähte, die Wachttürme und Grenzposten welche jederzeit bereit waren zu schießen, wenn jemand den Versuch unternahm sich in den Westen abzusetzen.

Am Grenzabschnitt 39a in der Nähe von Geisha kommandiert ein verlässliches Mitglied der Arbeiterklasse. Hauptmann Rudi Arnstadt ist Mitglied der SED und gilt auch bei den eigenen Leuten als „scharfer Hund“ der nichts durchgehen lassen würde.

Nervosität

Der Offizier, lange Zeit stolz darauf, dass es in seinem Abschnitt keinen einzigen „Grenzdurchbruch“ gab, ist hoch nervös. Vor kurzer Zeit war einem Zugführer seiner

Kompanie die erfolgreiche Flucht gelungen. Nur wenig später gelang es im gleichen Abschnitt einem Pionier mit schwerem Gerät die Grenze zu überwinden.

An diesem Augusttag überprüft der Hauptmann „seinen“ Grenzabschnitt nach weiteren allfälligen Fluchtmöglichkeiten. Dabei wird er auf der anderen Seite von Beamten des Bundesgrenzschutzes genau beobachtet. Sie verfolgen alle Bewegungen des offensichtlich unter großem Druck stehenden DDR Grenzers. Ein Offizier des Bundesgrenzschutzes befiehlt dem da-



Übergabe eines Ehrenbanners „Rudi Arnstadt“ an das Grenzregiment

mals 23 jährigen Oberjäger Toni Plüschke ihn auf seinem Kontrollgang auf westdeutscher Seite zu begleiten.

Es ist mittlerweile etwa 11.00 Uhr als sich die beiden auf gleicher Höhe mit dem inspizierenden DDR Offizier befinden. Dessen Nerven scheinen mittlerweile blank zu liegen. Heftig gestikulierend ruft er den auf der anderen Seite der Grenze befindlichen Beamten zu sofort stehen zu bleiben. Bevor die beiden Bundesgrenzschützer noch reagieren können lädt der DDR Offizier seine Pistole durch und schießt auf sein Gegenüber.

Schusswechsel

Die BGS Leute werfen sich in Deckung und Oberjäger Plüschke gibt einen ungezielten Schuss in Richtung Grenze ab. Die Kugel



Hauptmann Arnstadt wurde zum sozialistischen Helden gemacht

trifft Hauptmann Arnstadt der tödlich verwundet zusammenbricht.

Die Reaktion jenseits der Grenze ist heftig. Obwohl mehrere Salven aus einer russischen Kalaschnikow in Richtung Westen abgefeuert werden schießt der Bundesgrenzschutz nicht zurück. Eine Ladehemmung beendet schließlich die Feuerstöße der NVA Soldaten. Dass es nicht zu weiteren Auseinandersetzungen kommt, ist dem inzwischen herbeigeeilten Kommandeur des ostdeutschen Grenzregiments zu verdanken. Er verhindert durch gezieltes Eingreifen, dass andere DDR Grenzposten das Feuer fortsetzten.

Für die Propagandamaschine des „Ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“ war der Vorfall ein gefundenes Fressen. Der Grenzzwischenfall wurde als Angriff auf die DDR und vorsätzlicher Mord

an einem Offizier der nationalen Volksarmee dargestellt.

Im Westen wurde dieser Vorfall akribisch untersucht. Bundesgrenzschutz, die deutsche Justiz, aber auch die zuständigen Stellen der Alliierten waren intensiv bemüht, alle Unklarheiten zu beseitigen und ein genaues Bild vom Hergang zu erarbeiten. Laut westdeutscher Darstellung hat der DDR Offizier ohne Vorwarnung in Richtung Westen geschossen. Nach eingehenden Ermittlungen wird dem Grenzschutzbeamten Plüschke offiziell attestiert, sich vollkommen korrekt und gesetzeskonform verhalten zu haben.

DDR Propagandawalze

Die DDR lässt weiterhin die Propagandawalze laufen. Erst wird eine heftige Protestnote an die Regierung der Bundesrepublik gesandt. Kurze Zeit später wird Plüschke in Abwesenheit als „gemeiner Mörder“ zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. In diesem Zusammenhang werden auch immer wieder Andeutungen über Entführungsversuche durch die DDR Staatssicherheit bekannt. Hauptmann Arnstadt wird in der Folge zum sozialistischen Helden hochstilisiert. Schulen, Kindergärten, Partei- und Militäreinrichtungen werden nach ihm benannt. Die Grenzschutztruppe im Abschnitt Geisha erhielt in der Folge den Namen „Rudi Arnstadt“ und ein entsprechendes „Ehrenbanner“.

Ganz anders erging es Toni Plüschke. Er schied 1970 nach Ablauf seiner Dienstzeit beim Bundesgrenzschutz aus und bemühte sich gleichzeitig beim deutschen Zoll unterzukommen. Aus „Sicherheitsgründen“ wird er nicht eingestellt und macht sich anschließend mit einem Taxiunternehmen selbstständig. Mit der Zeit verblassen bei allen Beteiligten die Erinnerungen an das einst dramatische Geschehen.

Morddrohungen

Als vor zwanzig Jahren die Wende in der DDR begann, wird Plüschke von der Vergangenheit eingeholt. Medienvertreter interviewen ihn solange bis er zugibt der To-



Ein Traditionsverein von ehemaligen DDR-Grenzsoldaten steht unter Verdacht

desschütze gewesen zu sein. Ab diesem Zeitpunkt ist es mit seiner Ruhe vorbei. Immer wieder wird er mit anonymen Rache- und Morddrohungen konfrontiert.

Plüschke nimmt dies nicht ernst, für ihn ist die DDR endgültig verschwunden. Kurz vor dem Mordtag wird der Taxiunternehmer wieder von einem anonymen Anrufer wegen der angeblichen Ermordung von Rudi Arnstadt bedroht, er ignoriert dies und ist wenige Tage später tot.

Seit kurzer Zeit verfolgt man offenbar neue Spuren. Unter anderem wird auch ein Traditionsverein früherer DDR Grenzsoldaten überprüft. Wie das Magazin „Focus“ berichtet, untersuchen Spezialisten des hessischen Landeskriminalamtes derzeit Asservate des nunmehr 11 Jahre zurückliegenden Falles, mit neuen Analysemethoden auf DNA Spuren, die mit den entsprechenden Datenbanken abgeglichen werden sollen.

Noch immer brisant

Was den Fall nach so langer Zeit noch immer brisant macht, ist die Möglichkeit dass es sich bei der Tat um einen Racheakt ehemaliger Stasi Angehöriger handelt. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, inwieweit solche Netzwerke noch immer wirksam sind und ob sie auch für andere Taten in Frage kommen.

•Josef W. Lohmann

Wut, Trauer und Zorn



Sie sind noch aktiv, die Angehörigen der ehemaligen Grenztruppen der DDR. Sie schreiben Bücher über ihre große Zeit, tauschen Fotos, Wimpel, Uniformstücke und Rangabzeichen. Sie sind in Vereinen organisiert und legen auch heute noch großen Wert auf Dienstgrad und Hierarchie.

Da knallen schon mal die Hacken wenn der Genosse Leutnant a.D. dem Genossen Hauptmann a.D. Meldung macht und sich nach der allgemeinen Lage erkundigt.

Man fährt gemeinsam auf Sommerlager an die See oder zum Schifahren in ein ehemaliges Gewerkschaftsheim. Da bleibt man unter sich, kann in Ruhe über die „guten Zeiten“ reden und am Lagerfeuer die alten Kampflieder singen.

Gleichzeitig versucht man noch immer an alten Netzwerken zu knüpfen und an Seilschaften zu arbeiten deren Sinn längst fragwürdig geworden ist.

Manchmal wird auch über die „Verräter“ gesprochen. Dazu gehören vor allem jene welche die Hierarchien der ehemaligen Kader ablehnen und sich im wiedervereinigten Deutschland zurechtgefunden haben.

Ein beliebtes Thema ist natürlich auch der alte „Klassenfeind“. Hier fällt es naturgemäß schwer ein durch Jahrzehnte sorgsam aufgebautes Feindbild aus den Köpfen zu bekommen.

Es ist diese Mischung aus Wut über eine zerbrochene Karriere, Trauer um einen Staat der einem so etwas wie Heimat gab, und Zorn auf jene welche auf der anderen Seite einer Grenze standen die nicht mehr existiert.

Alles in allem ein mögliches Motiv für jemand der glaubt die „Siegerjustiz des Kapitals“ korrigieren zu müssen.

• jwl



Es riecht nach Phish

Banker lieben kassenlose Filialen. Nicht klassenlos, sondern kassenlos – im Finanzjargon steht dieser Begriff für Bankstandorte, an denen keine Überweisungen etc. getätigt werden können.

„Kleingeschäfte“ im persönlichen Kontakt mit einem Berater zu erledigen, ist für den Kunden zweifelsohne angenehm, verursacht dem Institut jedoch enorme Kosten. Als Lösung bot sich – wie in so vielen anderen Bereichen – das Internet an. Doch bald zeigte sich, dass die virtuellen Geldgeschäfte – so praktisch sie auch für alle Beteiligten sein mochten – nicht wenige Gefahren bergen.

Passwörter herbei

Die ersten Versuche mit Onlinebanking orientierten sich an der seit langem bekannten

und beliebten Methode der Authentifizierung durch Passwörter. Der Benutzer besitzt hierbei einen nur ihm und der Bank bekannten Code – wenn er diesen auf der Website der Bank eingibt, gilt er als identifiziert.

Cyberkriminelle reagierten schnell: Sie versandten massenhaft E-Mails, in denen die Benutzer aufgefordert wurden, ihr Passwort auf einer dem Original mehr oder minder geschickt nachempfundenen – allerdings natürlich von den Angreifern kontrollierten – Website einzugeben. Diese leitete das Passwort an ihren „Meister“ weiter und der räumte dann seelenruhig die Konten seiner Opfer leer.

Um eine Nachverfolgung der Überweisungen zu erschweren, wurden Mittelsmänner im Quellland akquiriert. Diese wurden per „Jobangebot“ geködert und gaben den

Betrügern arglos ihre Kontonummer. Die Kriminellen überwiesen das Geld ihrer Opfer nun auf die Konten dieser Mittelsmänner. Diese wiederum ließen ihren Auftraggebern das Geld – abzüglich ihrer Provision – per Western Union zukommen. In vielen Fällen waren diese auch „Mules“ (also Maulwürfe) genannten Personen völlig überrascht, als sie plötzlich Besuch vom Staatsanwalt erhielten – sie waren nämlich fest davon überzeugt, einer ganz legalen Arbeit für ein seriöses Unternehmen nachzugehen...

Tan, Tan, Tan

Die Einführung der TANs (Transaction Authentication Numbers) war der erste Schritt zu mehr Sicherheit im digitalen Bankwesen. Der Online-Banking-Kunde erhält dabei eine Liste von Nummern, die er auf der

Bankwebseite zur Bestätigung einer Überweisung eingeben muss. Da der Server die anzugebende Nummer zufällig auswählt, genügt es nicht mehr, einfach das Passwort einzugeben – soll heißen: Ohne die richtige TAN gibt's kein Moos...

Mann in der Mitte

Dies brachte der Welt die so genannte Man-in-the-Middle-Attacke. Dabei wird das Opfer auf eine Webseite geleitet, die der Bankwebseite täuschend ähnlich sieht. Diese ist mit einem Server verbunden, der gleichzeitig eine Verbindung mit dem Computersystem der Bank aufbaut und sich diesem gegenüber als legitimer Bankkunde ausgibt. Dann werden die Anfragen der Bank an das Opfer weitergeleitet, das diese nichtsahnend beantwortet. Der Server der Gangster leitet diese Angaben dann an das Banksystem weiter...

Selbstschutz...

Bitte verstehen Sie den Autor dieser Zeilen nicht falsch: Es wäre – nicht zuletzt ob der sinkenden Temperaturen – natürlich unsinnig, jetzt wieder den zeitraubenden Weg zum Bankhaus auf sich zu nehmen und dabei auch noch seine Bankgeschäfte nur zu Banköffnungszeiten erledigen zu können. Wenn man auf seinem Rechner ein aktuelles Antivirenprogramm installiert, eingehende E-Mails von Banken (egal, wie echt



sie auch aussehen) konsequent ignoriert und URLs immer von Hand in die Adresszeile eingibt, ist man fast 100% geschützt.

...und Fremdschutz

Mittlerweile bieten immer mehr Banken einen noch sichereren - SMS-TAN genannten - Service an. Dabei wird eine SMS mit dem Überweisungsempfänger sowie einem

Zahlencode ans Handy des Benutzers gesendet, ohne den die Transaktion nicht freigegeben wird. Da der Benutzer den Empfänger am Display angezeigt bekommt, wird er keine Transaktionen an Unbekannte freigeben – womit auch Man-in-the-Middle-Attacken der Vergangenheit angehören sollten. Abgesehen davon, dass womöglich gerade dann der Akku des Handys leer ist, wenn man eine dringende Überweisung tätigen muss, bietet dieses Verfahren absolute Sicherheit - zumindest so lange, bis der GSM-Verschlüsselungsalgorithmus geknackt wird...

• Tam Hanna

Weiterführende Links

<http://www.free-av.de>

(für Privatanwender kostenlose Antivirensoftware)

<http://windowsupdate.microsoft.com>

(Sicherheitsupdates für Microsoft-Betriebssysteme)

Selbstschutz durch aktuelle Antivirensoftware

